DIW-Konjunkturprognose: Deutsche Wirtschaft bleibt auf Kurs

DIW-Konjunkturprognose: Deutsche Wirtschaft bleibt auf Kurs

Wirtschaftsleistung in Deutschland steigt 2015 um 1,8 Prozent und 2016 um 1,9 Prozent - Euroraum erholt sich weiter - Schwellenländer schwächeln - Öffentliche Kassen trotz der Herausforderungen durch steigende Flüchtlingszahlen gut gefüllt
Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Kurs, obwohl das Fahrwasser unruhiger wird: Die Konjunkturforscherinnen und Konjunkturforscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) prognostizieren für dieses Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 Prozent und für das kommende Jahr um 1,9 Prozent. Damit halten sie an ihrer Prognose vom Juni fest. Allerdings betonen sie, dass die Risiken nicht weniger werden - ganz im Gegenteil: Im Euroraum kämpfen nach wie vor viele Länder mit einer hohen privaten und öffentlichen Verschuldung, Problemen im Bankensektor und mit einer hohen Arbeitslosigkeit. In China und anderen Schwellenländern ist das Wachstum fragil. Dies gilt umso mehr, als im Zuge der bevorstehenden US-Zinswende vermehrt Kapital aus den Schwellenländern abfließen könnte, was deren konjunkturelle Dynamik möglicherweise zusätzlich dämpft.
Obwohl das weltwirtschaftliche Umfeld insgesamt also besser sein könnte, läuft der deutsche Außenhandel nach wie vor gut, auch wenn er vor allem im nächsten Jahr nur wenig zum Wachstum beitragen dürfte. Dies liegt allerdings nicht an Problemen bei den Exporten, sondern an den kräftig steigenden Importen aufgrund der Binnennachfrage. Diese bleibt die Konjunkturstütze - nicht zuletzt aufgrund des privaten Konsums, der dank der guten Arbeitsmarktlage und der geringen Preissteigerungen weiter zulegt. Auch die Konsumnachfrage der nach Deutschland geflohenen Menschen wird sich bemerkbar machen. Infolge der steigenden Flüchtlingszahl werden die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen zwar steigen - dennoch werden die öffentlichen Haushalte in beiden Jahren mit hohen Überschüssen abschließen.
Weltwirtschaft: Mal Sonne, mal Regen
Nachdem die Weltwirtschaft schon äußerst schwach ins Jahr gestartet war, hat sie im zweiten Vierteljahr nur wenig zulegen können. Im Prognosezeitraum dürften sich die Zuwächse aber erhöhen: Vor allem in den Industrieländern sorgen die erneut gesunkenen Energiepreise für weiterhin niedrige Inflationsraten. Die Arbeitsmarktlage hat sich vielerorts verbessert, und die Unternehmen nutzen zunehmend die niedrigen Zinsen, um zu investieren - nicht zuletzt in den USA, wo die Konsumnachfrage hoch ist und die Kapazitäten wieder mehr und mehr ausgelastet sind. Die Schwellenländer hingegen schwächeln: Russland und Brasilien stecken in der Rezession und werden sich - wenn überhaupt - erst im kommenden Jahr allmählich erholen. In China verlangsamt sich das Wachstum. Eine Rezession ist aber nicht zu erwarten: Zwar hat sich die Industrieproduktion zuletzt schwach entwickelt und der chinesische Aktienmarkt ist eingebrochen. Allerdings werden die Finanzmarktturbulenzen keine erheblichen negativen Folgen für die Konjunktur mit sich bringen, da nur ein sehr geringer Anteil der chinesischen Bevölkerung Aktien hält. Einer stärkeren Abkühlung der Wirtschaft würde die Regierung zudem wohl mit expansiven Maßnahmen begegnen.
Euroraum: Stimmung hellt sich auf
Die Wirtschaft im Euroraum erholt sich weiter, vor allem dank des günstigen Umfelds: Der Außenwert des Euro ist schwächer als noch vor einem Jahr, der Ölpreis niedrig, die Geldpolitik sehr expansiv, und die Wirtschaft wichtiger Handelspartner wie der USA und des Vereinigten Königreichs wächst kräftig. Dementsprechend stützt der Außenhandel das Wachstum, von der allmählich steigenden Beschäftigung profitiert der Konsum. Die Investitionen sind im zweiten Quartal noch gesunken, allerdings hellt sich die Stimmung der Unternehmen auf, weshalb sie mehr Kredite für Investitionszwecke nachfragen. Obwohl Probleme, beispielsweise Arbeitslosigkeit und hohe öffentliche Verschuldung, in vielen Ländern weiter bestehen und auch die politische Zukunft Griechenlands angesichts der Neuwahlen unsicher bleibt, dürfte die Wirtschaft im Euroraum um 1,5 Prozent in diesem und 1,7 Prozent im nächsten Jahr wachsen.
Deutsche Wirtschaft: Konsumnachfrage bleibt Wachstumstreiber
In Deutschland bleibt das Wachstum robust. Vor allem die Binnenkonjunktur präsentiert sich schwungvoll: Die Löhne steigen stärker als die Preise - die Inflation dürfte in diesem Jahr bei 0,4 Prozent und im kommenden Jahr bei 1,4 Prozent liegen. Das schiebt den Konsum merklich an. Die Unternehmen bleiben aber zurückhaltend, wenn es darum geht, wieder mehr zu investieren. Trotz der niedrigen Zinsen und zunehmend ausgelasteter Kapazitäten weiten sie ihre Ausrüstungsinvestitionen nur verhalten aus: Zwar laufen die Exporte trotz der schwächelnden Schwellenländer weiterhin gut, allerdings überwiegen die Unsicherheiten über die Entwicklung in wichtigen Absatzmärkten, allen voran in China und Russland sowie die Sorgen um die Zukunft des Euroraums.
Die Beschäftigung steigt derweil weiter und sorgt dafür, dass die Arbeitslosenquote in diesem Jahr erneut zurückgeht - auf 6,4 Prozent. Im kommenden Jahr wird sie auf diesem Niveau verbleiben, trotz der zunehmenden Zahl an Zuwanderern. So geht das DIW Berlin davon aus, dass in diesem Jahr rund 50.000 Personen, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind oder noch kommen, eine Beschäftigung suchen werden; im nächsten Jahr wären es gut 120.000 Personen. Unterstellt ist dabei, dass in beiden Jahren jeweils etwa 800.000 Menschen als Flüchtlinge nach Deutschland kommen.
Öffentliche Haushalte mit hohen Überschüssen
Die öffentlichen Kassen sind gut gefüllt: Die Steuern sprudeln kräftig; nach wie vor legt die Lohnsteuer aufgrund der guten Arbeitsmarktlage spürbar zu, aber auch die Gewinnsteuern expandieren und die kräftige Entwicklung der Konsumausgaben lässt die Umsatzsteuer deutlich steigen. Die gute Beschäftigungslage sorgt zudem für steigende Sozialbeiträge. Bereits seit einiger Zeit zeigt sich allerdings eine höhere Ausgabendynamik: So steigen soziale Sachleistungen und Vorleistungen sowie die Sozialleistungen im Zuge von Leistungsausweitungen; der Staat nimmt aber auch mehr Geld für Investitionen in die Hand. Im weiteren Prognosezeitraum wird die Ausgabendynamik nochmals zunehmen: Dass immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen, spiegelt sich auch in den öffentlichen Haushalten wider. Die damit verbundenen Ausgaben sind allerdings nur schwer zu quantifizieren, die Annahmen und Setzungen höchst unsicher. Noch schwerer zu quantifizieren sind die den Ausgaben gegenüberstehenden Einnahmen: Die Asylbewerber erhöhen die Konsumnachfrage und damit auch die Umsatzsteuereinnahmen. Sobald sie eine Beschäftigung aufnehmen, zahlen sie zudem Einkommensteuern und Sozialbeiträge. Das DIW Berlin geht in dieser Prognose davon aus, dass die Bruttoausgaben, unter anderem für Sozialleistungen, Unterkunft und Betreuung der Asylbewerber, im Jahr 2016 etwa neun Milliarden Euro betragen dürften.
Trotz der erhöhten Belastung der öffentlichen Haushalte verbleiben unter dem Strich hohe Überschüsse: Sieht man von Einmalerlösen aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen ab, beläuft sich der Überschuss in diesem Jahr auf 18,5 Milliarden Euro und im nächsten Jahr auf knapp 20 Milliarden Euro; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt der Finanzierungssaldo in beiden Jahren bei 0,6 Prozent.
KURZ GESAGT
Marcel Fratzscher (Präsident des DIW Berlin): "Die deutsche Wirtschaft läuft nach wie vor gut, allerdings könnten einige Risiken den Horizont eintrüben. Das deutsche Wachstum ist zu einseitig, beruht zu sehr auf der Konsumnachfrage und zu wenig auf Investitionen. Die Risiken für Deutschland und Europa sind signifikant: Die Gefahr einer lang anhaltenden Wachstumsflaute in Europa ist sogar noch größer geworden. Viele Strukturreformen - auch in Deutschland - sind noch nicht umgesetzt, zentrale Probleme im Bankensektor noch ungelöst, die private und öffentliche Verschuldung und die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern des Euroraums hoch. Die bald zu erwartende Zinswende der US-Notenbank ist notwendig, könnte aber zu einer erhöhten Volatilität auf den Finanzmärkten führen, bis sich diese an die neue Medizin gewöhnt haben."
Ferdinand Fichtner (Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik): "Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Kurs, obwohl sie zurzeit in schwierigem Fahrwasser navigiert: Vor allem die Schwellenländer haben Schwierigkeiten, insbesondere Brasilien und Russland stehen wirtschaftlich schlecht da. Aber auch China hat an Schwung verloren. So kommen die Impulse eher aus den großen Industrieländern wie den USA und Großbritannien. Immerhin kommt der Euroraum langsam auf die Beine - allerdings könnte sich die Krise jederzeit wieder verschärfen."
Simon Junker (Stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik und Experte für die Konjunktur in Deutschland): "Angesichts der nicht ganz so rosigen weltwirtschaftlichen Lage läuft der deutsche Außenhandel überraschend gut. Die Exporte sind fast schon traditionell eine Wachstumsstütze, die nun wohl auch längerfristig von der kräftigen Inlandsnachfrage ergänzt wird. Vor allem der private Konsum entwickelt sich prächtig, in erster Linie aufgrund der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt, die sich wiederum in relativ kräftig steigenden Löhnen niederschlägt. Auch das Geld, das die Flüchtlinge in Form von monetären Sozialleistungen bekommen, wird wohl zu einem sehr großen Teil für Konsumzwecke ausgegeben und kommt damit der deutschen Wirtschaft zugute."
Kristina van Deuverden (Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik und Finanzexpertin): "Die aktuell stark steigende Zahl an Flüchtlingen spiegelt eine humanitäre Notlage wider, in der es außer Frage stehen muss, dass Deutschland hilft - ganz unabhängig von möglichen wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen, die bisher sowieso nur schwer quantifizierbar sind und auf vielerlei Annahmen beruhen. Hinzu kommt, dass trotz der Mehrausgaben bei den öffentlichen Kassen sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr unter dem Strich ein dicker Überschuss stehen wird."

Pressestelle DIW
Sylvie Ahrens-Urbanek
Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Telefon +49-30-897 89-252, -249 oder -250
Mobil +49-174-319-3131 oder

+49-162-105-2159
presse@diw.de
Pressereferentin Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
Monika Wimmer
Telefon +49-30-89789-251
Mail: mwimmer@diw.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=596368" width="1" height="1"></

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.